

Die Einkünftequalifikation bei gemeinsamer wirtschaftlicher Betätigung im Einkommensteuerrecht

Von

Dr. Otto Beierl

B 45636

Juristische Gesamtbibliothek
der Technischen Hochschule
Darmstadt



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

Inhaltsverzeichnis

I. Einführung und Problemstellung	13
1. Definition, gesetzssystematische Einordnung und wirtschaftliche Bedeutung der Einkünftequalifikation	13
2. Bezogenheit der Einkünftequalifikation auf die natürliche Person als „den Steuerpflichtigen“	15
3. Tatbestandsverwirklichung durch gemeinsame wirtschaftliche Betätigung und ihre Auswirkungen auf die Einkünftequalifikation	16
II. Merkmale gemeinsamer wirtschaftlicher Betätigung	19
1. Rechtstatsächliche Bedeutung und Erscheinungsformen gemeinsamer Betätigung im Wirtschaftsverkehr	19
2. Definitionsversuch der gemeinsamen wirtschaftlichen Betätigung	20
III. Einkommensteuerrechtlicher Beurteilungswandel bei der Qualifikation gemeinsamer wirtschaftlicher Betätigung	25
1. Die Zeit des Preußischen Einkommensteuergesetzes 1891	25
2. Grundlegende Änderungen im Reichseinkommensteuergesetz 1920	29
3. Die Zeit des Reichseinkommensteuergesetzes 1925	31
4. Die Zeit des Reichseinkommensteuergesetzes 1934	34
5. Die Nachkriegszeit bis etwa 1970	38
6. Neuorientierung seit etwa 1970	41
a) Die Personenvereinigung selbst als Subjekt der Einkünftequalifikation	41
b) Auswirkungen des Beurteilungswandels auf die sog. Gepräge-Rechtsprechung	42
c) Folgerungen für die Einkünftequalifikation bei gemischter wirtschaftlicher Betätigung	48
d) Konsequenzen für die freiberuflich tätige Personenvereinigung mit berufsfremden Mitgliedern	52
e) Einfluß der neuen Erkenntnisse auf die Betriebsaufspaltung	54
f) Qualifikation der Leistungsbeziehungen zwischen der Personenvereinigung und ihren Mitgliedern	57

g) Ermittlung der Einkunftsart bei nichtgewerblich tätigen Personenvereinigungen	59
7. Beurteilung der bisherigen Lösungsansätze	60
IV. Versuch einer dogmatischen Einordnung der gemeinsamen wirtschaftlichen Betätigung in das Normengefüge des Einkommensteuerschuldrechts	62
1. Bestimmung des Steuertatbestandes als Ausgangspunkt der Überlegungen	62
2. Die verschiedenen Auffassungen vom Steuerobjekt der Einkommensteuer	63
a) Das Einkommen als solches	63
b) Die einzelne Einkunftsquelle	64
c) Die „steuerbare Leistung“	67
3. Bestimmung der zu qualifizierenden Leistung bei gemeinsamer wirtschaftlicher Betätigung	68
a) Die Beitragsleistung des Gesellschafters der Gesellschaft gegenüber	69
b) Die Leistung der Gesellschaft einem Dritten gegenüber	70
c) Eigene Auffassung: Die Leistung des Gesellschafters einem Dritten gegenüber	73
4. Konsequenz: Keine Einheitsbetrachtung der Gesellschaft in Sachen Einkunftsart	74
V. Grundsätze der Zuordnung der steuerbaren Leistung zur „richtigen“ Einkunftsart	76
1. Die Abgrenzung der verschiedenen Einkunftssphären im Prinzip	76
a) Grundlegung einer Ordnungsstruktur der Einkunftsarten	76
b) Die Bedeutung des Veranlassungsprinzips für die Sphärenabgrenzung	79
c) Die Ordnungsstruktur der Einkunftsarten als normative Konkretisierung des Veranlassungsprinzips	83
2. Konsequenzen für die Einkünftequalifikation bei gemeinsamer wirtschaftlicher Betätigung	84
a) Die isoliert betrachtete Gesellschafterleistung als Teil der Leistungsbeziehung Gesellschaft-Dritter	84
b) Die Bedeutung gesellschaftsbezogener Qualifikationskriterien	86
3. Zusammenfassende Darstellung des eigenen Einkünftequalifikationsmodells bei gemeinsamer wirtschaftlicher Betätigung	87

VI. Folgerungen für die Einkünfteermittlung und das Besteuerungsverfahren	88
1. Die Einkünfteermittlung bei unterschiedlicher Qualifikation der Gesellschafterleistungen	88
a) Der Gesellschaftsanteil als Wirtschaftsgut des betrieblich beteiligten Gesellschafters	89
b) Die rechnerische Ergänzung des Überschußanteils durch Veräußerungsgewinne	90
c) Die Gewinnermittlung aufgrund einer „Als-Ob-Steuerbilanz“	91
d) Eigene Auffassung: Die ausschließlich gesellschaftsbezogener Einkünfteermittlung	95
2. Die einheitliche und gesonderte Feststellung gemeinsam erwirtschafteter Einkünfte	95
a) Der Gegenstand des Feststellungsverfahrens und sein Verhältnis zum materiellen Steuerrecht	96
b) Der Inhalt des Feststellungsverfahrens	97
c) Rechtsbehelfsbefugnis gegen einheitliche Feststellungsbescheide	100
VII. Anwendung und Überprüfung der gefundenen Ergebnisse anhand von Einzelfallgestaltungen	102
1. Die Einkünftequalifikation bei gewerblich geprägten Personengesellschaften	102
a) Eigene Auffassung	102
b) Kritik an der gesetzlichen Neuregelung	103
aa) Rechtsstaatliche Bedenken	103
bb) Systematische Bedenken	104
2. Die Einkünftequalifikation bei gemischten wirtschaftlichen Betätigungen	109
a) Beurteilung der gemischten Tätigkeit von Einzelpersonen	110
b) Beurteilung der gemischten Tätigkeit von Personengesellschaften	111
aa) Eigene Auffassung	111
bb) Kritik an der gesetzlichen Neuregelung	112
3. Die Einkünftequalifikation bei freiberuflich tätig werdenden Personengesellschaften mit berufs fremden Mitgliedern	117
a) Konsequenzen der Theorie von der partiellen Steuerrechtssubjektivität der Personengesellschaften	117
b) Eigene Auffassung	118
c) Beurteilung einzelner Fallgruppen	118
4. Die Einkünftequalifikation in Fällen der Betriebsaufspaltung	121
a) Der wirtschaftliche Hintergrund der Betriebsaufspaltung	121
b) Die Auffassung der Rechtsprechung	123
c) Die Annahme einer einheitlichen Gesellschaft	123
d) Eigene Auffassung	124

5. Die Einkünftequalifikation bei vermögensverwaltenden Personenvereinigungen mit betrieblich beteiligten Mitgliedern	126
6. Die Einkünftequalifikation bei Leistungsbeziehungen zwischen der Gesellschaft und ihren Gesellschaftern	127
a) Anerkennung und mögliche Richtungen einer Leistungsbeziehung	127
b) Auffinden der relevanten steuerbaren Leistungen	127
c) Beurteilung von Einzelfällen	129
*	
VIII. Zusammenfassung der Ergebnisse der Arbeit	132
Literaturverzeichnis	135

Hinweis zu den Abkürzungen

Die verwendeten Abkürzungen richten sich nach den Verzeichnissen bei *Kirchner, Hildebert / Kastner, Fritz*: Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache. 3. Aufl. Berlin 1983, und *Hübschmann / Hepp / Spitaler*: Kommentar zur Abgabenordnung und Finanzgerichtsordnung. 8. Aufl. Köln 1981 (Stand: März 1986).